

Stadt Heidelberg  
Dezernat III, Kinder- und Jugendamt

**Treff Miteinander, Emmertsgrundpassage  
22 - Fortsetzung der Förderung**

## Beschlussvorlage

**Beschlusslauf**

Die Beratungsergebnisse der einzelnen  
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 29. September 2006

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Jugendgemeinderat	18.09.2006	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Jugendhilfeausschuss	20.09.2006	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	28.09.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

**Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

*Der Jugendgemeinderat und der Jugendhilfeausschuss empfehlen dem Haupt- und Finanzausschuss, die städtische Förderung des Treff Miteinander, Emmertsgrundpassage 22, vorbehaltlich der Genehmigung der entsprechenden Haushalte durch das RP, bis zum 14.09.2009 zu verlängern. Die Finanzmittel in Höhe von jeweils maximal 39.349 € für die Jahre 2007 und 2008, sowie von maximal 27.943 € bis zum 14.09.2009 werden anteilig aus Mitteln der Jugendhilfe, der Kommunalen Kriminalprävention und , sofern verfügbar, aus Landesmitteln bereit gestellt.*

**Sitzung des Jugendgemeinderates vom 18.09.2006**

**Ergebnis:** einstimmig beschlossen

**Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 20.09.2006**

**Ergebnis:** einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

**Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.09.2006**

**Ergebnis:** einstimmig beschlossen

## Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 1	+	Ausgrenzung verhindern Ziel/e: Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische
QU 6	+	Einwohner/-innen als gleichberechtigte Bürger/-innen anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen Begründung: Die Arbeit des Treff Miteinander zielt darauf ab, jugendliche Spätaussiedler und andere Migrantenkinder zu integrieren Ziel/e:
SOZ 6, SOZ 9	+	Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen, Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern Begründung: Der IB macht gezielte Angebote, die auf die Interessen und Besonderheiten jugendlicher Spätaussiedler zugeschnitten sind und setzt einen Schwerpunkt auf die schulischen und beruflichen Perspektiven dieser Zielgruppe.
QU1	-	Solide Haushaltswirtschaft Begründung: Für die Unterstützung des Treff Miteinander ist die Bereitstellung von Haushaltsmitteln erforderlich.

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Förderung des Treff Miteinander ist gerechtfertigt aufgrund der guten Ergebnisse, die durch die Arbeit des IB erzielt werden.

### Begründung:

Seit dem Jahr 2000 betreut eine Mitarbeiterin des Internationalen Bundes junge Spätaussiedler in den Stadtteilen Emmertsgrund und Boxberg. Das Projekt „Treff Miteinander“ wurde im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention ins Leben gerufen, um den Problemen, die in den 90er Jahren durch den verstärkten Zuzug von Spätaussiedlern insbesondere für die Jugendlichen entstanden, entgegenzuwirken.

Die Arbeit des Treff Miteinander hat sich nach Ansicht aller beteiligten Institutionen als überaus hilfreich und wirkungsvoll erwiesen.

Mittlerweile hat sich der Kreis der jugendlichen Besucher des Treffs auf alle Migrantengruppen erweitert, sodass sich die Arbeit nicht mehr ausschließlich auf die ursprüngliche Zielgruppe der jugendlichen Spätaussiedler beschränkt.

Die Finanzierung des Treffs Miteinander wird seit Beginn von unterschiedlichen Institutionen getragen. Neben dem Bundesamt für Flüchtlinge und Migration, das für dieses Projekt in diesem Jahr entgegen aller Erwartungen bereits zum dritten Mal eine Förderung bewilligt hat, wurden in den vergangenen Jahren auch Landesmittel aus dem Förderprogramm „Mittel für Projekte zur Eingliederung jugendlicher Spätaussiedler“ eingesetzt. Darüber hinaus beteiligt sich die Stadt Heidelberg mit Jugendhilfemitteln und Mitteln der Kommunalen Kriminalprävention an der Finanzierung des Projektes.

Im Jahr 2006 besteht nach Angaben des Internationalen Bundes ein Finanzbedarf von insgesamt 98.688 €. Das Bundesamt übernimmt davon insgesamt 58.697 €. Der Restbetrag in Höhe von 39.991 € kann jeweils zur Hälfte aus Landesmitteln und aus städtischen Mitteln getragen werden. Das Lenkungsgremium der Kommunalen Kriminalprävention hat bereits am 05.07. einen Zuschuss in Höhe von 12.000 € beschlossen (1.1100.701000), eine Zusage über die Landesmittel liegt ebenfalls bereits vor. Damit sind aus der Jugendhilfe noch 7.996 € erforderlich, um den Finanzbedarf im laufenden Jahr zu decken. Mittel hierfür stehen auf Haushaltsstelle 1.4600.701000 zur Verfügung.

<b>Finanzierung 2006</b>	
Bundesmittel	58.697
Landesmittel	19.995
städtische Mittel	
• KKP	12.000
• Jugendhilfe	7.996
<b>Summe</b>	<b>98.688</b>

Für die Jahre 2007 – 2009 ergibt sich folgender Finanzierungsplan:

Finanzbedarf 2007/2008	89.449 € p.a.
Bundesmittel	50.000 € p.a.
Restbetrag	39.349 € p.a.

Finanzbedarf 2009 (bis 14.09.)	63.360 p.a.
Bundesamt	35.417 p.a.
Restbetrag	27.943 p.a.

Der Restbetrag in Höhe von jeweils 39.349 € in den Jahren 2007 und 2008, sowie 27.943 € bis zum 14.09.2009 soll wiederum anteilig aus Landesmitteln, sofern diese in den nächsten Jahren wieder zur Verfügung stehen, und städtischen Mitteln finanziert werden.

Die Stadt Heidelberg geht somit für die Jahre 2007/2008 eine finanzielle Verpflichtung von jeweils maximal 39.349 €, für 2009 von maximal 27.943 €, ein, die anteilig aus Jugendhilfemitteln und aus Mitteln der Kommunalen Kriminalprävention getragen werden. Im Haushalt für die Jahre 2007/2008 werden im Bereich der Jugendhilfe entsprechende Mittel eingestellt. Der städtische Anteil verringert sich bei Inanspruchnahme von Landesmitteln

Um die Kontinuität der Arbeit des Internationalen Bundes im Treff Miteinander zu gewährleisten, schlägt die Verwaltung vor, die städtische Förderung dem Förderzeitraum des Bundes anzupassen und bis zum 14.09.2009 zu verlängern. Der Internationale Bund erhält in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses Gelegenheit, die Arbeit des Treff Miteinander vorzustellen. Nach Auslaufen der Bundesförderung im Jahr 2009 muss erneut über die Förderung des Treff Miteinander beraten werden.

gez.

Dr. Joachim Gerner